

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Europäische Flüchtlingspolitik: Abschotten, abschieben, ertrinken lassen...



Ggia (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015_1030_Syrians_and_Iraq_refugees_arrive_at_Skala_Sykamias_Lesvos_Greece_2.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

In der EU tobt seit langem ein Kampf über die Abschottung des Kontinents gegen Flüchtlinge und Migrant:innen. Dabei besteht ein Konsens darüber, dass der Kontinent mit allen Mitteln militärisch gegen Flüchtlinge aufgerüstet werden soll. Doch über Kosten und wer sich die Hände schmutzig machen soll wird weiter gestritten. Befeuert wird die Situation durch rechte und faschistische Medien und Politiker:innen.

Migrationsbewegungen sind so alt wie die Menschheit. Heute im Kapitalismus sind sie jedoch eine gesetzmäßige Erscheinung insbesondere infolge kolonialer Ausbeutung anderer Länder und imperialistischer Kriege. Zudem sind viele EU-Staaten dringend auf Arbeitsmigrant:innen angewiesen, um der tendenziellen Überalterung der eigenen Bevölkerung und dem damit einhergehenden Arbeitskräftemangel entgegen zu wirken. Die EU-Staaten wollen jedoch kontrollieren, wer zu ihnen kommt. Das Menschenrecht auf Asyl spielt dabei keine Rolle. Spätestens mit der Einführung des Dublin II Verfahrens im Jahr 2003 und der damit einhergehenden Erklärung

zahlreicher Länder zu sogenannten „sicheren Dritt- bzw. Herkunftsstaaten“ ist das Recht auf Asyl in Europa überhaupt nur noch eine Farce. In der Folge kommt es seitdem zu immer gefährlicheren Versuchen von Flüchtlingen nach Europa zu kommen.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mindestens 441 Flüchtlinge bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen, ums Leben gekommen, so viele wie seit 2014 im selben Zeitraum nicht mehr. Insgesamt sollen seit 2014 mehr als 25.000 Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken sein. Die reale Zahl könnte Schätzungen zu-

folge mindestens doppelt so hoch liegen. Die immer weitere militärische Abschottung der „Festung Europa“ durch Mauern und Zäune, Militärpatrouillen, Drohnen- und Satellitenüberwachung und die Aufrüstung afrikanischer Küstenwachen führen dabei nicht zu weniger Flucht, sondern machen diese nur tödlicher.

Rechte befeuern Militarisierung der Grenzen

Rechte und faschistische Kräfte befeuern die Debatten in den EU-Institutionen und Regierungen der einzelnen Länder um eine effektive Flüchtlingsabwehr. Die rechte Regierung in Italien von Giorgia Meloni

hat Mitte April für sechs Monate den Notstand ausgerufen, um weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle gegen Migrant:innen und Flüchtlinge im Land vorgehen zu können. Kurz zuvor war in der Nähe der italienischen Stadt Cutro ein Boot mit mehr als 150 Flüchtlingen gekentert und etwa 100 Menschen ertrunken. Meloni reagierte auf dieses Unglück trotzig: „Wer glaubt, das Drama ändere etwas an unserer Linie bei der Migrationspolitik, der täuscht sich gewaltig“. Mithilfe der Notstandsverordnung will ihre Regierung nun im ganzen Land riesige Abschiebezentren zur Internierung von Flüchtlingen errichten und ausbauen.

„Wir werden als erste an die Front geschickt werden!“

Die Internationale Jugend setzt sich mit verschiedenen gesellschaftlichen Themen aus einer klassenkämpferischen Perspektive auseinander. Wir haben uns mit Samuel getroffen und über ihre aktuelle Arbeit und Schwerpunkte im Bereich Antimilitarismus gesprochen. > Seite 2-3

Weltwirtschaft: Kommt jetzt der Crash?

Die Bankencrashes der letzten Wochen zeigen, dass der Weltkapitalismus in die nächste Krise schlittert. In Deutschland trifft diese Krise auf eine Wirtschaft, die sich nur mangelhaft von der letzten erholt hat. Arbeiter:innen sind zugleich weiter mit extrem hohen Preisen konfrontiert. > Seite 4

Die Politik der führenden Parteien in Deutschland unterscheidet sich von den italienischen Faschist:innen allenfalls in der Tonlage, nicht aber im Inhalt. Die deutsche Regierung versucht bereits seit 2016 ein Verfahren durchzusetzen, das möglichst alle Asylverfahren außerhalb Europas durchführt und nur noch anerkannte Flüchtlinge auf europäischen Boden lässt. Auch die aktuelle Ampelregierung hat dies erneut in ihrem Koalitionsvertrag als Ziel formuliert. Der neue Sonderbevollmächtigte für Migrationsabkommen, Joachim Stamp, soll nun die Verlegung von Asylverfahren nach Afrika vorbereiten. „Dann würden auf dem Mittelmeer gerettete Menschen für ihre Verfahren nach Nordafrika gebracht werden“, so der frühere nordrhein-westfälische Integrationsminister. Der ehemalige Bundesinnenminister Horst Seehofer taufte die von der

Bundesregierung in Afrika geplanten Lager „Ausschiffungsplattformen“.

Festung Europa wird weiter hochgerüstet

Auch wenn die EU-Länder sich bis heute nicht auf eine einheitliche Flüchtlings- und Migrationspolitik einigen konnten, so sind sie sich doch weitgehend bei der weiteren Abschottung Europas einig. Im Februar beriet der EU-Gipfel über die Notwendigkeit, weitere gigantische Summen für die „Infrastruktur“ an den Außengrenzen der EU zu mobilisieren. Bundesinnenministerin Faeser fordert zudem von den anderen EU-Staaten, dass nicht nur darüber diskutiert werden soll, „ob die Grenzen rund um Europa hochgezogen werden“. Vielmehr gehe es bei der notwendigen Reform des gemeinsamen Asylsystems auch um eine feste

Regelung zur Verteilung der Flüchtlinge und die Einführung eines neuen Screening-Verfahrens, durch das flächendeckend alle eingereisten Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen zentral registriert werden sollen. Faeser droht dabei den anderen EU-Staaten, sollte man zu keiner Einigung kommen, dann würde Deutschland sich für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum stark machen.

Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge

Die EU-Flüchtlingspolitik ist gescheitert und alle Versuche der EU-Staaten, sich gegen Flüchtlinge abzuschotten, funktionieren nicht, sondern führen allein dazu, dass jährlich tausende Menschen an ihren Außengrenzen sterben. Eine effektive Flüchtlingspolitik müsste bei den Fluchtursachen ansetzen und diese bekämpfen

und nicht die Flüchtlinge. Doch genau daran hat keiner der EU-Staaten ein Interesse, profitieren sie doch von der Ausbeutung und den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Afrika und auf dem Balkan. Sind sie doch Teil der Staaten, die in Westasien und Nordafrika an zahlreichen Kriegen beteiligt sind und Warlords und Diktaturen stützen.

Auch hier in Deutschland versuchen Medien und Politik eine aggressive Kampagne gegen Geflüchtete zu inszenieren, die von rechten und faschistischen Kräften massiv befeuert wird. Dabei haben deutsche und migrantische bzw. geflüchtete Arbeiter:innen dieselben Interessen: Ein Leben ohne Krieg, Zerstörung und Ausbeutung.

„Wir werden die ersten sein, die an die Front geschickt werden!“

Die Internationale Jugend ist eine sozialistische Jugendorganisation, die sich mit verschiedenen gesellschaftlichen Themen aus einer klassenkämpferischen Perspektive auseinandersetzt. Wir haben uns mit Samuel getroffen und über ihre aktuelle Arbeit und Schwerpunkte im Bereich Antimilitarismus gesprochen.



Vielen Dank, dass ihr euch Zeit genommen habt für dieses Interview. Könnt ihr euch den Leser:innen kurz vorstellen?

Wir sind eine bundesweite sozialistische Jugendgruppe, mit dem Ziel, die Jugendlichen im Kampf gegen den Kapitalismus zu vereinen und eine klassenkämpferische Perspektive jenseits dieses Systems aufzuzeigen.

Wir haben uns 2017 im Zuge des Parteitags der AfD gegründet als „Jugend gegen AfD“. Für uns war dann schnell klar, dass dieser Kampf weiter gehen muss und wir ihn ausweiten wollen. Heute sind wir nicht nur gegen Faschismus und rechte Strömungen aktiv, sondern wollen in allen Bereichen der Gesellschaft gegen die Ungerechtigkeit und Ausbeutung kämpfen: Sei es gegen Rassismus, das Patriarchat, den Zustand des Bildungssystems hier in Deutschland, die Militarisierung und Aufrüstung oder für die Rettung der Umwelt.

Euer Ziel ist es, besonders in den Schulen aktiv zu werden. Warum ist das so, was wollt ihr damit erreichen?

Seit einem Jahr sind wir in der Föderation klassenkämpferischer Organisationen, gemeinsam mit dem Frauenkollektiv, dem Solidaritätsnetzwerk und Betriebskampf organisiert. Jede dieser Organisationen legt einen besonderen Schwerpunkt in ihrer Arbeit auf die Teile der Gesellschaft, die sie ansprechen möchte und deren Probleme sie besonders aufgreift. Unser Schwerpunkt ist die Jugend. Natürlich wollen wir letzten Endes einen allumfassenden Kampf führen. Das bedeutet, dass wir nicht nur gegen einzelne Ungerechtigkeiten kämpfen, sondern auch die Zusammenhänge aufzeigen wollen und das System dahinter erkennen. Aber wir wollen besonders die Jugend ansprechen und Schulen sind der Ort, an dem die Jugend täglich zusammen kommt. Gleichzeitig sind Schulen auch die Orte, in denen wir spätes-

tens den ersten Ungerechtigkeiten ausgesetzt sind. Schüler:innen haben an Schulen mit den Noten, Chancengleichheit und Konkurrenz zu kämpfen und werden dazu erzogen, sich ganz nach den Vorgesetzten, in dem Fall den Lehrer:innen zu richten. Wenn wir also davon sprechen eine Jugendorganisation zu sein, dann müssen wir die Jugend auch an dem Ort abholen, der ihren Alltag bestimmt.

Wie sieht eure Arbeit an Schulen dann konkret aus?

Natürlich gibt es lokal Unterschiede, aber bundesweit versuchen wir in den jeweiligen Städten, in denen wir aktiv sind, den Schwerpunkt auf eine oder wenige Schulen zu setzen und dann dort intensiver zu arbeiten. Das bedeutet, wir sind regelmäßig dort und verteilen Flyer, führen Gespräche mit den Schüler:innen oder machen Infostände. In vielen dieser Schulen sind auch Jugendliche, die bei uns aktiv sind, dadurch haben wir dann noch einmal größere Möglichkeiten und können zum Beispiel auch Diskussionskreise oder Veranstaltungen innerhalb der Schule organisieren und durchführen. Das Ziel ist dabei immer mit den Schüler:innen ins Gespräch zu kommen, zu hören was sie beschäftigt und an den konkreten Problemen anzusetzen. Aber nicht, damit wir dann ihre Probleme lösen, sondern damit wir dann zusammen dagegen ankämpfen können. Die Flyer oder Zeitungen, die wir verteilen, beziehen sich dann meist auf ein bestimmtes Thema, was auch gesellschaftlich gerade aktuell ist. In der Vergangenheit war das zum Beispiel der Krieg in der Ukraine oder der Umweltkampf. In manchen Städten, in denen wir aktiv sind, haben wir uns auch an dem Aufbau einer selbstorganisierten Schüler:innenzeitung beteiligt, die wir zusammen mit Schüler:innen geschrieben - und dann in den Schulen verteilt haben

Es gibt ja eine ganze Reihe von linken Organisationen, wie unterscheidet ihr euch und warum lohnt es sich, genau bei euch aktiv zu werden?

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Ausbeutung und Unterdrückung der Vergangenheit angehören. Das bedeutet auch, dass wir nicht nur Forderungen an die Regierung stellen, sondern einzelne Verbesserungen unserer Lage in den Kampf für den Sozialismus einbinden. Dazu reicht nicht die Hoffnung, dass jemand un-

sere Appelle hört, dafür müssen wir uns zusammenschließen und unsere Forderungen selbst erkämpfen. Dazu gehört, dass wir die Menschen die wir für diesen Kampf begeistern können mit einbeziehen und uns zu selbstständigen, eigenständigen Personen entwickeln wollen. Das ist ein klarer



Unter-schied zu zum Beispiel den Jugendgruppen von Parteien wie der Grünen Jugend oder den Jusos. Aber das unterscheidet uns auch von Bewegungen wie Fridays for Future, deren Kampf ebenfalls aus Forderungen an die Regierung besteht. Gleichzeitig reicht es uns nicht, nur gegen eine Sache zu kämpfen, sondern wir wollen diese Kämpfe verbinden. Für viele ist ein Thema, das sie besonders beschäftigt, der Einstieg dafür politisch aktiv zu werden, aber wir wollen weitere Schritte gehen. Das Ziel, das wir verfolgen, unterscheidet sich dadurch ganz klar sowohl von den bürgerlichen Parteijugenden als auch von Bewegungen, die zu einem bestimmten Thema aktiv werden. Wir haben den Anspruch, eine Politik zu machen, die nicht bei einem Thema stehen bleibt.

Und zu welchen Themen arbeitet ihr aktuell?

Es gibt natürlich lokale Unterschiede, an manchen Schulen gibt es spezielle Probleme und Ungerechtigkeiten, auf die wir aufmerksam machen wollen. Für die nächste Zeit haben wir beschlossen, bundesweit einen besonderen Fokus auf die Bundeswehr zu

legen. Eigentlich in jeder Stadt steht irgendwann Mal die Bundeswehr vor den Schüler:innen und wirbt für sich als Arbeitgeber. Wir wollen dagegen ein Zeichen setzen und das nicht unhinterfragt stehen lassen. Gerade jetzt denken wir, dass das ein wichtiges Thema ist, denn aktuell wird in den Nach-

Was erhofft ihr euch von dieser Kampagne?

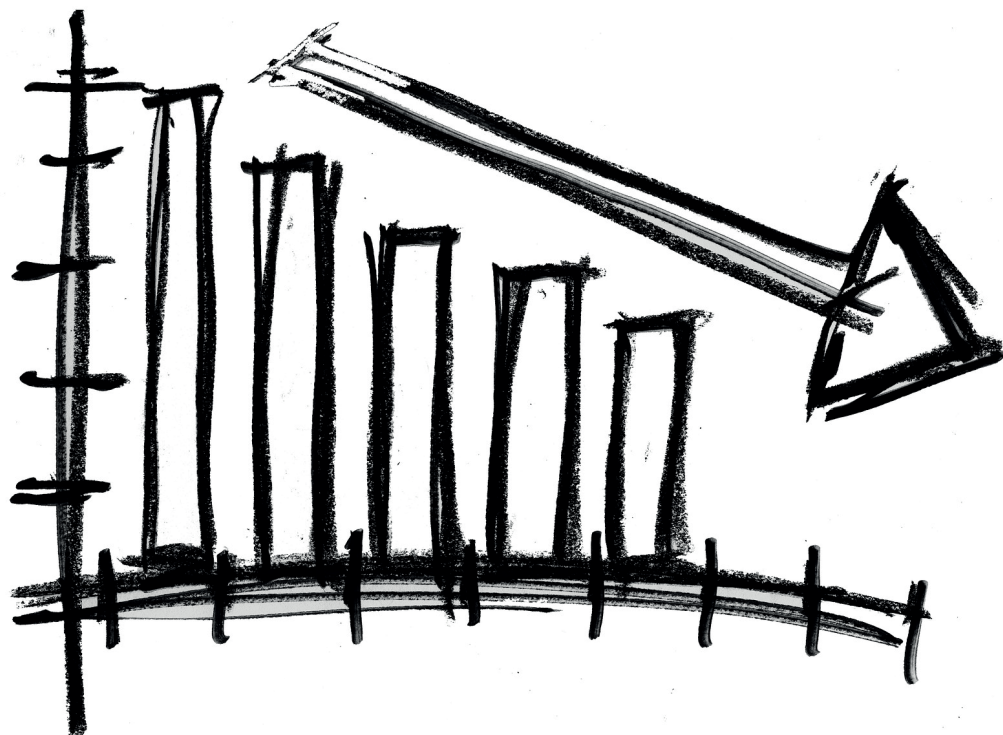
Wir wollen den Fokus darauf lenken, was gerade in diesem Gebiet passiert, wie die Gelder in Aufrüstung gesteckt werden, obwohl es im Bildungssystem oder Gesundheitssystem seit langem die Forderungen nach mehr Geldern gibt. Aber dabei wollen wir nicht stehen bleiben. Wir wollen aufzeigen, dass es keine „belanglose“ Entwicklung ist, wenn die Diskussion über Wehrpflicht oder etwas vergleichbares wieder ins Gespräch kommt und die Bundeswehr verfolgt ja ein Ziel damit, sich an unseren Schulen zu präsentieren. Sie wollen Schüler:innen für ihre Interessen rekrutieren und dem wollen wir uns entgegen stellen und eine kritische Perspektive aufzeigen. Unser Ziel ist es aber auch, dadurch Jugendliche dazu zu motivieren selbst aktiv zu werden und sich zu organisieren. Wir wollen die Schüler:innen mit unseren Positionen und Inhalten erreichen und überzeugen, bis zu dem Punkt, an dem sie die Notwendigkeit erkennen, selbst aktiv zu werden.

Der Auftakt der Kampagne ist für den 1. Mai, den Kampftag der Arbeiter:innenklasse geplant und wir erhoffen uns dadurch einen kämpferischen Start. Gleichzeitig ist der Kampf gegen Ausbeutung kein neues Thema, genauso wie der antimilitaristische Kampf kein neues Thema ist. Mit dem 1. Mai als Beginn können wir dadurch auch die historische Verbindung der Kämpfe ziehen. Wir hoffen natürlich, dass dies eine Kampagne wird, die mit Leben gefüllt ist, mit der wir die Menschen und besonders die Jugendlichen unserer Gesellschaft abholen können und sie selbst dazu motivieren können, aktiv zu werden.



Weltwirtschaft: Kommt jetzt der Crash?

Die Bankencrashes der letzten Wochen zeigen, dass der Weltkapitalismus in die nächste Krise schlittert. In Deutschland trifft diese Krise auf eine Wirtschaft, die sich nur mangelhaft von der letzten erholt hat. Arbeiter:innen sind zugleich weiter mit extrem hohen Preisen konfrontiert.



Die Silicon Valley Bank (SVB) war eine der zwanzig größten Banken der USA und spezialisiert auf das Geschäft mit High-Tech-Unternehmen und digitalen Start-ups. Diese erlebten während der Corona-Pandemie, als bedeutende Teile der Weltwirtschaft ins Home Office gingen und die Nachfrage nach virtuellen Tools explodierte, ihren Boom. Zusätzlich beflügelt wurde dieser durch historisch niedrige Zinsen: Diese hatten die Notenbanken der kapitalistischen Länder zur Stützung der eigenen Unternehmen in der Krise eingeführt.

Anfang 2023 zeigte sich immer deutlicher, dass die Tech-Industrie in den letzten Jahren massive Überkapazitäten aufgebaut hatte: Firmen wie Zoom, Facebook, Google und Microsoft bauten zehntausende Stellen ab. Zugleich erhöhten die Notenbanken als Antwort auf die grassierenden Preissteigerungen in kurzer Zeit massiv die Zinsen. Die amerikanische Fed etwa hob den Leitzins zwischen März und Dezember 2022 von 0,25 auf 4,5 Prozent an – so hoch war er zuletzt

vor der Weltwirtschaftskrise 2007/08 gewesen. Diese Maßnahme sorgte wiederum für stark fallende Kurse von Wertpapieren, die in der Finanzwelt als Sicherheiten für Kredite oder im Fall der SVB als sichere Geldanlageobjekte genutzt werden. Diese Gemengelage führte dazu, dass zahlreiche Firmen ihr Geld von der Silicon Valley Bank abzogen – was wiederum den Crash der Bank am 9. März hervorrief.

Kurz nach dem Zusammenbruch der Silicon Valley Bank geriet auch die Schweizer Credit Suisse ins Straucheln – immerhin eine der fünfzig größten Banken der Welt – und wurde per Verfügung des Schweizer Staates von der Konkurrentin UBS übernommen. Am 24. März kam es außerdem zum Ausverkauf von Aktien der Deutschen Bank und einem massiven Kursverfall.

Obwohl Politiker:innen und Notenbankier:innen immer wieder behaupten, es gebe keine Bankenkrise und die Lage sei völlig im Griff, zeichnen sich bereits die nächsten Krisenherde ab. Im Fokus stehen dabei beson-

ders die Immobilienmärkte und kleine und mittlere regionale Banken. In Deutschland drohen viele Privatpersonen, die Häuser oder Wohnungen auf Kredit gekauft haben, die steigenden Zinsen nicht mehr bezahlen zu können. In diesem Fall könnten auch viele Sparkassen unter Druck geraten, die ihr Geschäft zu über 40 Prozent mit privaten Immobilienkrediten machen.

Allen Beschwichtigungen zum Trotz zeigt die Lage des Weltkapitalismus gerade die typischen Anzeichen einer Überproduktionskrise, die häufig als erstes auf den Finanzmärkten sichtbar werden: Die Zinsen schießen nach oben, Geld und Kredite werden knapp. Die Bankkund:innen versuchen verzweifelt, ihr Geld abziehen und bringen damit Banken zum Zusammenbruch. An den Börsen gibt es Kursrutsche und Milliardenverluste.

Dem zugrunde liegt die immer wiederkehrende Gesetzmäßigkeit, dass kapitalistische Firmen mehr Wa-

ren produzieren, als zahlungsfähige Nachfrage vorhanden ist – wie etwa bei Digitalprodukten und Immobilien. Die Möglichkeit, mit billigen Zinsen auf Pump zu kaufen, kaschiert dieses Missverhältnis zwischen Produktion und Konsumtionskraft der Gesellschaft für eine gewisse Zeit. Sobald jedoch immer mehr Verkäufer:innen echtes Geld für ihre Waren verlangen, bricht das Kreditkartenhäus in sich zusammen.

Deutschland gerät damit von einer Phase schwankender Stagnation nach der letzten Krise direkt in die nächste Krise. Die Industrieproduktion hatte das Vorkrisenniveau von 2018/19 noch nicht wieder erreicht. Die Warenpreise, die in Krisen eigentlich fallen müssten, sind infolge des Ukraine-Kriegs und unterbrochener Lieferketten weiter auf Rekordniveau. Damit könnte diese Krise für Arbeiter:innen wieder besonders teuer werden.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten:
Mehrfach täglich objektive Nachrichten
und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn
twitter.com/perspektiveon
instagram.com/perspektiveonline
t.me/perspektiveon

Vi.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und
unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

**Für tägliche Nachrichten direkt auf
das Handy:**

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem
Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den
Playstore downloaden oder die APK direkt
von unserer Homepage herunterladen und
installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu
können, sind wir auf die Unterstützung
Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende
<https://perspektive-online.net/spenden>